

Hansestadt Rostock

Bürgerschaft

Niederschrift

Außerplanmäßige Sitzung der Bürgerschaft

Sitzungstermin: Donnerstag, 27.02.2014
Sitzungsbeginn: 16:05 Uhr
Sitzungsende: 17:50 Uhr
Raum, Ort: Sitzungssaal der Bürgerschaft, Rathaus, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Sitzungsteilnehmer:

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Karina Jens CDU

reguläre Mitglieder

Günter Althaus	DIE LINKE.	
Steffen Bockhahn	DIE LINKE.	
Andreas Engelmann	DIE LINKE.	
Bernhard Fritze	DIE LINKE.	
Olaf Groth	DIE LINKE.	
Eva-Maria Kröger	- Fraktionsvors.	DIE LINKE.
Peter Menzel	DIE LINKE.	
Dr. Wolfgang Nitzsche	DIE LINKE.	
Falko Schulz	DIE LINKE.	
Dr. Winfried Suhr	DIE LINKE.	
Barbara Cornelius	SPD	
Prof. Dr. Ralf Friedrich	SPD	
Dr. Joachim Harms	SPD	
Dr. Cathleen Kiefert-Demuth	SPD	
Anke Knitter	SPD	
Uwe Michaelis	SPD	
Erhard Sauter	SPD	
Thoralf Sens	SPD	ab TOP 4
Dr. Steffen Wandschneider	- Fraktionsvors.	SPD
Hendrik Brincker	CDU	ab TOP 4
Sabine Friesecke	CDU	
Frank Giesen	- Fraktionsvors.	CDU
Ulrike Jahnel	CDU	
Dr. Klaus-Peter Tasler	CDU	

Simone Briese-Finke	- Fraktionsvors.	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Dr. Ursula Karlowski		BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Susan Schulz		BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Dr. Harald Terpe		BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Dr. Sybille Bachmann	- Fraktionsvors.	Rostocker Bund/ Graue/ Aufbruch 09
Jürgen Dudek		Rostocker Bund/ Graue/ Aufbruch 09
Dr. Christel-Katja Fuchs		Rostocker Bund/ Graue/ Aufbruch 09
Ingrid Köpke		Rostocker Bund/ Graue/ Aufbruch 09
Anette Niemeyer		Rostocker Bund/ Graue/ Aufbruch 09
Detlev Harms		FÜR Rostock
Mathias Krack		FÜR Rostock
Jan Hendrik Hammer	- stellv. Fraktionsvors.	FDP
Dr. Anne-Kathrin Riethling		FDP
Dr. Rolando Schadowski		FDP
René Henze		SAV

Entschuldigte Mitglieder

reguläre Mitglieder

Götz Kreuzer		DIE LINKE.
Regine Lück		DIE LINKE.
Karsten Steffen		DIE LINKE.
Dr. Ingrid Bacher		SPD
Prof. Dr. Dieter Neßelmann		CDU
Toralf Nöske		CDU
Dr. Helmut Schmidt		CDU
Anja Munser		BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Dr. Dr. Malte Philipp	- Fraktionsvors.	FÜR Rostock
Stefanie Neumann	- 1. stellv. Fraktionsvors.	FÜR Rostock
Dr. Ulrich Seidel	- Fraktionsvors.	FDP

Unentschuldigte Mitglieder

reguläre Mitglieder

Thomas Jäger	NPD
Normen Schreiter	NPD

Anwesenheit Verwaltung

Roland Methling	Oberbürgermeister
Holger Matthäus	Senator für Bau und Umwelt
Karin Helke	in Vertretung für den Senatsbereich Finanzen, Verwaltung und Ordnung und Leiterin Hauptamt
Ulrich Kunze	Büro des Oberbürgermeisters
Stefan Krause	Büro des Oberbürgermeisters
Cornelie Böttcher	Büro der Präsidentin der Bürgerschaft
Robert Rusch	Praktikant im Büro der Präsidentin der Bürgerschaft
Dr. Michael Schlemmer	Hauptamt
Reike Hackbusch	Zentrale Steuern
Elke Watzema	Rechtsamt
Dr. Michaela Selling	Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen
Ralph Müller	Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft
Andreas Adler	Kataster-, Vermessungs- und Liegenschaftsamt
Heiko Tiburtius	Tief- und Hafengebäudeamt
Gisbert Ruhnke	Hafen- und Seemannsamt
Sabine Hansen	Büro des Oberbürgermeisters - Sitzungsdienst der Bürgerschaft -
Marcel Kempert	Büro des Oberbürgermeisters - Sitzungsdienst der Bürgerschaft -
Ines Wittfoth	Büro des Oberbürgermeisters - Sitzungsdienst der Bürgerschaft (stellv. Schriftführerin) -
Roswitha Wolter	Büro des Oberbürgermeisters - Sitzungsdienst der Bürgerschaft -
Hans-Jürgen Weber	Hauptamt (technische Betreuung)

Anwesenheit Fraktionsgeschäftsstellen

Maren Haase	DIE LINKE.
Monika Horn	SPD
Corinna Schultz	CDU
Maxi Malzahn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Galina Koch	Rostocker Bund/Graue/Aufbruch 09
Karen Leuchert	FÜR Rostock
Dirk Hamann	FDP

Gäste

Jörg Vogt	IGA Rostock 2003 GmbH und Großmarkt Rostock GmbH
Dr. Peter Danker-Carstensen	IGA Rostock 2003 GmbH
Hans-Jürgen Mathy	Vertreter des Bürgerbegehrens
Torsten Schulz	Vertreter des Bürgerbegehrens
Andreas Hallier	Sachverständiger
John Brædder	Bürgermeister der Gemeinde Guldborgsund
Vertreter der Medien	

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2 Änderungen der Tagesordnung**
- 3 Mitteilungen der Präsidentin**
- 4 Anträge**
 - 4.1 Dr. Sybille Bachmann (für die Fraktion Rostocker Bund/Graue/Aufbruch 09) **2014/AN/5256**
Beendigung des Verandenstreits in Warnemünde
 - 4.1.1 Beendigung des Verandastreits in Warnemünde **2014/AN/5256-01 (SN)**
- 5 Beschlussvorlagen**
 - 5.1 Bürgerentscheid zum künftigen Liegeplatz des Traditionsschiffes **2013/BV/4613**
 - 5.1.1 Bürgerentscheid zum künftigen Liegeplatz des Traditionsschiffes **2013/BV/4613-01 (NB)**
 - 5.1.2 Stellungnahme des Ministeriums für Inneres und Sport zum Bürgerentscheid zum künftigen Liegeplatz des Traditionsschiffes **2013/BV/4613-02 (SN)**
 - 5.1.3 Vorsitzende der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bürgerentscheid zum künftigen Liegeplatz des Traditionsschiffes **2013/BV/4613-04 (ÄA)**
 - 5.1.4 Dr. Sybille Bachmann (für die Fraktion Rostocker Bund/Graue/Aufbruch 09) Bürgerentscheid zum künftigen Liegeplatz des Traditionsschiffes **2013/BV/4613-05 (ÄA)**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Präsidentin eröffnet die außerplanmäßige Sitzung der Bürgerschaft (neunundvierzigste), die auf Antrag des Oberbürgermeisters und der Fraktion FÜR Rostock einberufen wurde.

Als Gäste werden interessierte Einwohnerinnen und Einwohner sowie die Vertreter der Medien begrüßt.

Mit Datum 21. Februar 2014 ist den Mitgliedern der Bürgerschaft über die Postfächer die Einladung zu dieser Sitzung zugegangen.

Weiterhin erfolgte die öffentliche Bekanntmachung ab 21. Februar 2014 durch Aushang im Schaukasten am Rathaus und in den Ortsämtern.

Die Präsidentin stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen und öffentlich bekannt gemacht wurde.

Die Bürgerschaft ist mit 38 Anwesenden bei 53 besetzten gesetzlichen Mandaten beschlussfähig.

Weiterhin wird erneut darauf hingewiesen, dass während der Sitzung das Betreiben von Funktelefonen grundsätzlich untersagt ist (§ 20 Abs. 6 Geschäftsordnung der Bürgerschaft).

TOP 2 Änderungen der Tagesordnung

Die Präsidentin informiert, dass

- nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde die Angelegenheit Wahl eines Senators/einer Senatorin für Finanzen, Verwaltung und Ordnung.

Gegen den Beschluss vom 29.01.2014 zur Wahl von Herrn Dr. Chris Müller hatte der Oberbürgermeister erneut Widerspruch eingelegt.

Mit Schreiben vom 14.02.2014 hat die Rechtsaufsichtsbehörde zum wiederholten Male mitgeteilt, dass bei einer Beigeordnetenwahl generell kein Widerspruchsrecht im Sinne des § 33 (1) KV M-V besteht.

Mit Schreiben vom 21.02.2014 hat das Ministerium für Inneres und Sport mitgeteilt, dass keine rechtlichen Bedenken im Sinne von § 40 (5) Satz 5 KV M-V bestehen. Insofern ergibt sich aus § 38 (3) Satz 1 und § 40 (5) Satz 6 KV M-V eine Rechtspflicht zur Ernennung von Herrn Dr. Chris Müller.

Die Präsidentin informiert, dass der Oberbürgermeister ihr per handschriftlicher Notiz mitgeteilt hat, dass er die Rechtsauffassungen, so wie sie ihm schriftlich dargelegt wurden, für nicht überzeugend erachtet. Weitere Rechtsmittel des Oberbürgermeisters, die denkbar gewesen wären, sind ihr bis jetzt nicht bekannt.

Frau Dr. Bachmann teilt mit, dass ihre Fraktion der Auffassung ist, wenn ein Widerspruch vorliegt, dieser auch zu entscheiden ist und hält es deshalb für rechtlich fragwürdig, dass dies nicht getan wird.

Der Oberbürgermeister legt dar, dass er ein ordentliches Widerspruchsverfahren in Sachen Wahl des Senators für Finanzen, Verwaltung und Ordnung eingeleitet hat und die Notiz, auf die die Präsidentin Bezug genommen hat, sich ausschließlich darauf bezog, dass das kurzfristig von ihr ihm vorgelegte Benehmen für die nächste Bürgerschaftssitzung am 5. März 2014 mit Einschränkung erteilt wurde, da der Widerspruch nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Er ist der Auffassung, dass die Begründungen dafür seitens des Innenministeriums und der Präsidentin nicht überzeugend sind.

Die Präsidentin stellt klar, dass die nächstmögliche Sitzung nach der Kommunalverfassung M-V die heutige gewesen wäre, um die Angelegenheit/Widerspruch zu behandeln.

Die Bürgerschaft bestätigt die Tagesordnung der außerplanmäßigen Sitzung der Bürgerschaft am 27. Februar 2014.

TOP 3 Mitteilungen der Präsidentin
--

1. Bekanntgabe des im nichtöffentlichen Teil der Sitzung der Bürgerschaft am 29.01.2014 gefassten Beschlusses:

- Nr. 2013/BV/5080

Vereinbarung zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und der Hansestadt Rostock als Gesellschafter der Hafen-Entwicklungsgesellschaft mbH (HERO) vom 25. März 1994 (abgelehnt)

2. Der Oberbürgermeister hat mit Datum 14.02.2014 seinen Widerspruch zum Beschluss der Bürgerschaft Nr. 2013/AN/4887 Achte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung/Anzahl der Senator/innen zurückgenommen.

3. Die nächste planmäßige Sitzung der Bürgerschaft findet am Mittwoch, dem 5. März 2014 um 16.00 Uhr hier im Sitzungssaal der Bürgerschaft statt.

TOP 4 Anträge

**TOP 4.1 Dr. Sybille Bachmann (für die Fraktion Rostocker Bund/Graue/Aufbruch 09)
Beendigung des Verandenstreits in Warnemünde
Vorlage: 2014/AN/5256**

Die Präsidentin informiert, dass ein Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den Beschluss aus der Sitzung der Bürgerschaft am 29.01.2014 - Beendigung des Verandenstreits in Warnemünde vorliegt.

Im Falle eines Widerspruchs muss die Gemeindevertretung nach § 33 (1) KV M-V über die Angelegenheit in der nächsten Sitzung erneut beschließen.

(Widerspruch ... liegt der Niederschrift beim Sitzungsdienst als **Anlage 1** bei)

Es erfolgt die erneute Abstimmung zur Angelegenheit.

Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, den sog. Warnemünder Veranda-Streit umgehend beizulegen.
2. Hierzu wird der Oberbürgermeister beauftragt, auf Basis der Vorschläge der Bürgerinitiative sowie der Empfehlungen des Bürgerbeauftragten des Landes vom 08.02.2013 eine einvernehmliche Lösung mit den Betroffenen zu erarbeiten.
3. Für gerichtliche Weiterungen erteilt die Bürgerschaft keine Zustimmung.

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	x
Abgelehnt	

**TOP
4.1.1 Beendigung des Verandastreits in Warnemünde
Vorlage: 2014/AN/5256-01 (SN)**

TOP 5 **Beschlussvorlagen**

TOP 5.1 **Bürgerentscheid zum künftigen Liegeplatz des Traditionsschiffes** **Vorlage: 2013/BV/4613**

Die Präsidentin informiert, dass

- die Beschlussvorlage vor der Sitzung der Bürgerschaft am 10.07.2013 zurückgestellt wurde.
- allen nun der Nachtrag Nr. 2013/BV/4613-01 (NB) schriftlich vorliegt, der den Beschlussvorschlag ändert und eine redaktionelle Änderung, die den Sachverhalt ändert.
- der Änderungsantrag Nr. 2013/BV/4613-03 (ÄA) der Vorsitzenden der Fraktionen der SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurückgezogen wurde.

Zur Angelegenheit liegen weiterhin vor:

- Schreiben der Präsidentin vom 20.2.2014 mit den Anlagen
 - Kosten für Verlegung und Rückverlegung des Sachverständigen Andreas Hallier
 - Stellungnahme zur behaupteten Dockung des Schiffes von Andreas Hallier
 - Stellungnahme zum Status des Traditionsschiffes von Andreas Hallier
 - Schreiben des OB vom 20.02.2014 zur rechtsaufsichtlichen Stellungnahme
 - Anschreiben des OB vom 05.02.2014 an das Ministerium für Inneres und Sport
- Schreiben des Oberbürgermeisters vom 21.2.2014 zur unverbindlichen Finanzierungs-bereitschaft einer Bank, Kostenkalkulation (Angebot eines Taucherei- und Bergungsbetriebes, Konzept Energieversorgung Stadtwerke)
- Schreiben von Torsten Schulz (Vertreterperson für das Bürgerbegehren) vom 21.02.2014 mit Zustimmung zur zunächst „probeweisen“ Verlegung
- Schreiben des Ministeriums für Inneres und Sport vom 24.02.2014 zum Bürgerentscheid zum künftigen Liegeplatz
- Stichpunktartige Stellungnahme von Herrn Hallier zur temporären Verholungs- und Festmahlösung des Traditionsschiffes im Stadthafen Rostock

(o.g. Schreiben liegen der Niederschrift beim Sitzungsdienst als **Anlage 2** bei)

Die Potentialanalyse eines Maritimen Technik-Museums Rostock von animare projektmanagement tourismus vom Dezember 2010 liegt im Büro der Präsidentin der Bürgerschaft zur Einsichtnahme aus.

Gemäß § 20 Abs. 5 KV M-V hat die Gemeindevertretung unverzüglich im Benehmen mit der Rechtsaufsichtsbehörde über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens zu entscheiden.

Die Stellungnahme der Rechtsaufsichtsbehörde vom 14.02.2014 einschließlich des Schreibens des Staatssekretärs des Ministeriums für Wirtschaft, Bau und Tourismus vom 10.02.2014 zu Aspekten der Förderung liegt allen Mitgliedern der Bürgerschaft vor.

Der Oberbürgermeister informiert, dass die Vertreter des Bürgerbegehrens -Herr Mathy und Herr Schulz- anwesend sind und für Nachfragen zur Verfügung stehen. Er legt den Werdegang des Bürgerbegehrens dar, wobei es für ihn aus heutiger Sicht ein Fehler ist, das Vorhaben so lange ruhen gelassen zu haben. Im Weiteren erläutert er die Kostenkalkulationen und erklärt, dass das Bürgerbegehren berechtigt ist, verweist auf die Umfrageergebnisse der Online-Befragung der Ostsee-Zeitung.

Herr Dr. Wandschneider (für die Fraktion der SPD) zieht seine Unterschrift unter dem Änderungsantrag Nr. 2013/BV/4613-04 (ÄÄ) zurück, da das Bürgerbegehren nicht heilbar ist.

Auf Antrag von Frau Dr. Karlowski erfolgt die wortwörtliche Aufnahme des wesentlichen Inhalts der vorherigen Ausführungen des Oberbürgermeisters hinsichtlich des „Darwineums“ wie folgt in diese Niederschrift:

„Es ist hier also etwas anders gelaufen als z. B. beim Darwineum, wo ebenfalls ja Unterschriften gesammelt wurden, die notwendige Anzahl von Unterschriften gleichfalls erreicht wurde, aber über einen möglichen Bürgerentscheid dann bereits die Tatsachenentscheidung der Errichtung des Darwineums hinweg gegangen war.

Aber in der Phase der Entscheidung, ob dieses Bürgerbegehren zulässig ist – und deshalb habe ich da ein klein wenig ausgeholt – in der Phase der Zulässigkeitsprüfung haben wir uns gemeinsam mit dem Innenministerium auch darüber auseinandergesetzt, ob die Kostenfrage ausreichend aufgenommen war. Und die klare Aussage des Innenministeriums zum damaligen Zeitpunkt war, an der Kostenfrage darf es nicht scheitern. Zumindest war es das Thema beim Darwineum, weil man dem Bürger natürlich nicht zumuten konnte, einzuschätzen, was ein neuer Standort für ein Darwineum kostet.“

Auf Antrag der Präsidentin wird die Aussage des Oberbürgermeisters, dass jeder Beschluss, den die Bürgerschaft zum IGA-Park ab März 2014 trifft, auf einen Widerspruch des Oberbürgermeisters hinauslaufen wird, da das Bürgerbegehren einen absoluten Vorrang hat vor weiteren Entscheidungen in dieser Sache, in die Niederschrift aufgenommen.

Herr Giesen stellt den Antrag auf Rederecht für Herrn Hallier.

Abstimmungsergebnis zum Antrag:

Angenommen

Herr Hallier nimmt Stellung zu seiner Kostenschätzung.

Daraufhin stellt Frau Briese-Finke den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Beschlussvorlage Nr. 2013/BV/4613 mit der gleichzeitigen Aufforderung an den Oberbürgermeister, einen glaubwürdigen Kostenvoranschlag und eine Kostendeckungsquelle, die nicht aus Fördermitteln besteht, aufzuzeigen.

Es folgt eine Gegenrede von Frau Dr. Bachmann.

Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag:

Abgelehnt

Es folgen weitere Wortmeldungen.

Herr Brinker stellt daraufhin den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Rednerinnenliste.

Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag:

Angenommen

Herr Krack beantragt Rederecht für Herrn Mathy.

Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag: **Angenommen**

Es folgt eine Wortmeldung durch Herrn Mathy.

Daraufhin übergibt die Präsidentin die Sitzungsleitung an Herrn Groth und verlässt das Präsidium.

Die Präsidentin nimmt als Vorsitzende des Aufsichtsrates der IGA Rostock 2003 GmbH Stellung zur Angelegenheit.

Beschlussvorschlag (einschließlich Nachtrag):

1. Die Bürgerschaft stellt fest, dass das Bürgerbegehren zulässig ist.
2. Die Bürgerschaft beschließt die Durchführung eines Bürgerentscheids über die Frage: Soll das Traditionsschiff (Typ Frieden, Ex MS Dresden) von seinem Liegeplatz in Schmarl unverzüglich in den Rostocker Stadthafen verlegt werden?
3. Die Bürgerschaft legt den Termin zur Durchführung des Bürgerentscheids auf Sonntag, den 25. Mai 2014.
4. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister zur umfassenden Information der Bürgerinnen und Bürger zum Bürgerentscheid.
5. Die Bürgerschaft beschließt, dass die Wahlvorstände für die verbundenen Europa-parlaments- und Bürgerschaftswahlen gleichzeitig als Abstimmungsvorstände fungieren.
6. Die Bürgerschaft beschließt, dass der Gemeindevwahlausschuss der Hansestadt Rostock gleichzeitig die Aufgaben eines Abstimmungsausschusses wahrnimmt.
7. Das verbundene Wählerverzeichnis für die Europaparlaments- und Bürgerschaftswahlen bildet die Grundlage für das Verzeichnis der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger und ist diesbezüglich zu erweitern.
8. Die Bürgerschaft beschließt, für den Bürgerentscheid eine Briefabstimmung zuzulassen.

Durch die Zustimmung zum Änderungsantrag Nr. 2013/BV/4613-05 (ÄA) (siehe TOP 5.1.4) entfällt die Abstimmung zur Beschlussvorlage.

Beschluss Nr. 2013/BV/4613:

Die Bürgerschaft stellt fest, dass das Bürgerbegehren nicht zulässig ist.

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt aktualisiert (fettgedruckt):

1. Die Bürgerschaft stellt fest, dass das Bürgerbegehren zulässig ist.
2. Die Bürgerschaft beschließt die Durchführung eines Bürgerentscheids über die Frage: Soll das Traditionsschiff (Typ Frieden, Ex MS Dresden) von seinem Liegeplatz in Schmarl unverzüglich in den Rostocker Stadthafen verlegt werden?
3. Die Bürgerschaft legt den Termin zur Durchführung des Bürgerentscheids auf **Sonntag, den 25. Mai 2014.**
4. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister zur umfassenden Information der Bürgerinnen und Bürger zum Bürgerentscheid.
5. Die Bürgerschaft beschließt, dass die Wahlvorstände **für die verbundenen Europaparlaments- und Bürgerschaftswahlen** gleichzeitig als Abstimmungsvorstände fungieren.
6. Die Bürgerschaft beschließt, **dass der Gemeindewahlausschuss der Hansestadt Rostock** gleichzeitig die Aufgaben eines Abstimmungsausschusses wahrnimmt.
7. Das **verbundene** Wählerverzeichnis **für die Europaparlaments- und Bürgerschaftswahlen** bildet die Grundlage für das Verzeichnis der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger und ist diesbezüglich zu erweitern.
8. Die Bürgerschaft beschließt, für den Bürgerentscheid eine Briefabstimmung zuzulassen.

TOP **Vorsitzende der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
5.1.3 **Bürgerentscheid zum künftigen Liegeplatz des Traditionsschiffes**
 Vorlage: 2013/BV/4613-04 (ÄÄ)

Beschlussvorschlag:

1. Der Punkt 2 der Beschlussvorlage wird wie folgt geändert:
Die Bürgerschaft beschließt die Durchführung eines Bürgerentscheids über die Frage:
Soll das Traditionsschiff (Typ Frieden, Ex MS Dresden) von seinem Liegeplatz in Schmarl unverzüglich für einen Zeitraum von 3 Jahren probeweise in den Rostocker Stadthafen verlegt werden?
2. Punkt 4 wird wie folgt ergänzt:
Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister zur umfassenden Information der Bürgerinnen und Bürger zum Bürgerentscheid. Der Text einer Darlegung der Auffassung der Gemeindeorgane gemäß § 17 Abs. 2 S. 1 KV M-V DVO ist der Bürgerschaft zu ihrer Sitzung im April 2014 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Durch die Zustimmung zum Änderungsantrag Nr. 2013/BV/4613-05 (ÄÄ) (siehe TOP 5.1.4) entfällt die Abstimmung zum Änderungsantrag Nr. 2013/BV/4613-04 (ÄÄ).

TOP **Dr. Sybille Bachmann (für die Fraktion Rostocker Bund/Graue/Aufbruch 09)**
5.1.4 **Bürgerentscheid zum künftigen Liegeplatz des Traditionsschiffes**
 Vorlage: 2013/BV/4613-05 (ÄÄ)

Beschlussvorschlag:

Punkt 1 wird wie folgt geändert:
Die Bürgerschaft stellt fest, dass das Bürgerbegehren nicht zulässig ist.
Die Punkte 2 - 7 entfallen.

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	X
Abgelehnt	

- Ende der Sitzung -

Rostock, 6. März 2014

Karina Jens
Präsidentin der Bürgerschaft

Siegel

Ines Wittfoth
stellv. Schriftführerin

